

Bezugspreis:

Bestelljahr 25,50 M., monatl. 2,50 M. ...

Anzeigenpreis:

Die abendliche Anzeigenstelle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 20. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Fort mit den Schwarzen!

Die Nationalversammlung beschäftigt sich heute mit den Ausschreitungen des französischen Militarismus...

So bleibt die heutige Sitzung, so sehr auch ihr Gegenstand die Desfentlichteit bewegt, in parlamentarisch-politischem Sinne nur Zwischenaktstimmung.

In der heutigen Debatte kam noch eindrucksvollen Reden der Genossin Kochl und des Reichsministers Genossen Dr. Köster über die Kulturschmach der schwarzen Befehlshaber...

Die Entscheidung darüber, ob heute Schluss gemacht wird oder ob morgen noch eine letzte Sitzung stattfindet, wird erst in den späten Nachmittagsstunden erfolgen.

177. Sitzung, Donnerstag, den 20. Mai, 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Koch, Köster, Schmidt.

Farbige Truppen im besetzten Gebiet.

Die Regierung erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation Löbe (Soz.) und Genossen, betreffend die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten bereit.

Abg. Frau Kochl (Soz.): Der Interpellation haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen angeschlossen...

Die entschlossenen, traugigen und schauerhaften

Vorkommnisse, die zu unserer Kenntnis gekommen sind, zwingen uns dazu, Flamenden Protest zu erheben. Sie sind so gräßlich, daß man sich fräut darüber nachzudenken und nur ungern davon spricht.

die kulturwidrige Servilung

dieser farbigen Truppen, damit wir befreit werden von diesen unwürdigen Zuständen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köster: Die Regierung ist den Interpellanten dankbar, daß sie ihr Gelegenheit gibt, ihre Meinung kundzutun in einer Frage, die seit vielen Monaten auf dem deutschen Volke lastet...

Kulturschmach gegen die Schwarzen

an sich, sondern um die Verwirklichung der bedrohten deutschen Sitte und Kultur.

hen Europa ein Vergeben an Gesamt Europa ist. (Lebhaft Zustimmung.) War schon im Kriege die von Frankreich besonders gebrauchte Verwendung farbiger Truppen ein Verbrechen...

den man unserem Volk verfehlt, wenn man hat, nachdem man es ein Jahr lang ökonomisch und national ausgeplündert und bedrückt hat...

bezeichnen kann (Lebhaft Zustimmung), eine Katastrophe, die ihrem nicht zum Ziel, so doch zur Folge hat, daß der deutsche Völkervertrag an seinem wahren Grunde zugrunde gegangen ist...

die Abhaltung bei diesen schwarzen, europafremden Truppen

beginnen sollen. Ich habe verschiedene Franzosen über die schwarzen Truppen gesprochen und mir wurde verschiedentlich vorgehalten: daß gerade bei diesen die Disziplin besser sei als bei manchen weißen Truppen...

von der schwarzen Plage befreit

werden. In diesen Tagen haben in Paris deutsche und französische Industrielle und Kaufleute zusammen, um über die künftigen wirtschaftlichen und kommerziellen Verbindungen zwischen Deutschland und Frankreich zu beraten.

Reine Damen und Herren! Die deutsche Regierung hat vom ersten Tage der Verwendung schwarzer Truppen ab demütigt, durch alle Kanäle und Apparate, die ihr zur Verfügung standen...

Alle Proteste aber haben bisher keinen Erfolg gehabt.

Son mir aus muß ich sagen, daß weitere formelle Proteste an Frankreich wenig Sinn haben werden. Wir müssen die weltweite Öffentlichkeit in Sachen, und wir müssen uns über die Schwärze im Westen, und wir müssen uns an den Völkervertrag wenden,

ob er nicht vielleicht die Mittel und Wege finden kann, um auf Frankreich einen Einfluß zur Entfernung der schwarzen Truppen auszuüben.

Der Minister erinnert daran, daß Präsident Kauffman als Delegierter des Völkervertrages in Berlin über den Völkervertrag der Deutschen und russischen Kriegskriegsgenossen verhandelt und fährt fort: Der Völkervertrag wird also lebendig.

an den Völkervertrag wenden, ob er nicht vielleicht die Mittel und Wege finden kann, um auf Frankreich einen Einfluß zur Entfernung der schwarzen Truppen auszuüben.

Der Brief des christlichen Gewerkschaftsführers ist aber auch ein neuer Beweis dafür, daß Christentum und Sozialismus sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern wesensverwandt sind.

Christentum und Sozialismus.

Bekanntnis eines christlichen Gewerkschaftsführers.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Die Presse beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der zur Pflege der Gemeinwirtschaft geschaffenen industriellen Selbstbewirtschaftungskörper.

In diesem Betracht ist es nun von besonderem Interesse, das Urteil eines der hervorragendsten christlichen Gewerkschaftsführer über die bisherigen Sozialisierungsmassnahmen kennen zu lernen.

Sobiel kann ich Ihnen heute schon sagen: auch die christlich orientierte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist abgesehen von einigen überaus Eigenbrötlern...

Als ich versprach mir von den heutigen Selbstbewirtschaftungskörpern und Arbeitsgemeinschaften der Industrie vorläufig nicht das, was man sich allgemein jetzt davon verspricht.

Die Hoffnungen hierauf sind weit übertrieben. Den gewissen Unternehmern verbleiben bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen in den Arbeitsgemeinschaften, Selbstbewirtschaftungskörpern, Augenhandelsstellen usw. sehr oft Arbeitervertreter gegenüber, die sich durch bereitwillige Entgegenkommen der Unternehmer der einzelnen Branchen in der Lohnfrage verlocken lassen.

Die Ambitionen der Unternehmer auf das Interesse der Allgemeinheit, Vorpostendienste zu leisten, allerdings kommen aus dem Arbeiterlager auch schon Stimmen der Kritik, die die Schliche der Kapitalismus durchschauen.

Wenn wir nun an die gewerkschaftliche Umsetzung eines Teiles der Kohlen- und Stahlindustrie erhitlich herangehen wollen, dann brauchen wir eine Mehrheit im Parlament.

Beides ist schon ansehnlich weit verstrichen, und der Kapitalismus hat sich in seiner neuen Position bereits hart verankert und festgesetzt.

Die beiden Reichsparteien haben ihn unbedingt und zum Teil in seiner alten Form, das Zentrum (Christliche Volkspartei), dem viele christliche Gewerkschaften angehören, steht in der Frage gespalten da.

Die Arbeiter schon. Die demokratische Partei, in der die Vertreter des Bank-, Handels- und Börsenkapitals ein gar geschicktes Wortlein mitreden haben, dürfte für solche „sozialistischen Experimente“ nicht zu haben sein.

Diese Ausführungen des christlichen Gewerkschaftsführers, der sehr aktiv im Gewerkschaftsleben tätig ist, sind auf alle Fälle sehr interessant. Er ist sich seiner Klassenlage jenseit bewußt, daß er klar die kapitalistische Gewinnung aller bürgerlichen Parteien, einschließlich seiner Partei, des Zentrums, erkennt.

Der Brief des christlichen Gewerkschaftsführers ist aber auch ein neuer Beweis dafür, daß Christentum und Sozialismus sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern wesensverwandt sind.

Der christliche Gewerkschaftsführer bekennt sich zum Sozialismus mit einer Bestimmtheit, die wieder einmal die Agitationstrafe von dem „christentumsfeindlichen Sozialismus“ über Nacht.

Der Wahlkampf.

Der reaktionäre Wahltrieb.

Seit der von der Reaktion ausgehenden Wahlparole müht sich jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung“ um den Nachweis ab, daß die Mehrheitssozialdemokratie den Volkswortführer in Deutschland einführen wollte. Gleich drei Artikel widmet das agrarische Heftblatt diesem löblichen Zweck. Der eine heißt „Sowjetdeutschland in Erwartung“, der zweite „Vollherauslösung unter ministeriellem Schutz“, der dritte Artikel „Umsatzpläne für die Reichstagswahlen“, erzählt davon, daß die Linksradiolen im Ruhrgebiet für die Zeit der Wahlen einen neuen Umsturz mit Hilfe der Mehrheitssozialisten und unter stillschweigender Billigung der Regierung planen!

Auf dieses blöde Geschreibsel genügt die Antwort, daß die Mehrheitssozialdemokratie, wenn sie den Volkswortführer in Deutschland hätte errichten wollen, dies vor anderthalb Jahren, am 9. November 1918, wirklich bequemer gehabt hätte. Damals hätte sie nicht einmal den Finger trümmen zu machen brauchen, sie hätte nur den Widerstand gegen die bolschewistischen Strömungen zu unterlassen brauchen und der Volkswortführer wäre in Deutschland binnen wenigen Wochen Tatsache geworden. Mit dieser Tatsache ist die ganze Unsinnsfabel der rechtsbolschewistischen Verhöhnung hinreichend gekennzeichnet.

Haut sich selbst aufs Maul!

„Post“ gegen „Post“.

Vor einigen Tagen hatte die „Post“ in einer bestimmten agitatorischen Absicht folgenden Satz geschrieben:

So besodet man die Beamten, ohne die die abnungsfloßen Minister nicht 24 Stunden regieren könnten, in ausgiebigster Weise.

Da die Deutschnationalen sonst immer behaupten, die Regierung setze nicht für die Beamten, so hatten wir dieses wertvolle Schandstück, allerdings unter eigenem Vorbehalt gegen die entscheidende Uebertreibung sofort festgenommen. Der „Post“ ist das schändlich unangenehm und sie vermerkt einen ganzen Heftartikel darauf, um sich herauszuwinden. Da aber der obenstehende Satz alle abokatorischen Kunst niederzählt, so läßt sich das bihere Blatt, indem es nun dreist und gotteslästerlich das Gegenteil schreibt. Jetzt heißt es:

Der ausgiebigste Besoldung ist in den letzten Jahren und besonders seit dem 9. November nach nie die Höhe gewesen und wird es, solange die jetzige Koalition besteht, wohl auch nicht sein. Ausdrücklich: Ein „Post!“ — wie Edmund die Adalsteur der „Post“ nannte — kann schreiben rechts, kann schreiben links, ganz wie es ihm befohlen wird und wie es ihm in den agitatorischen Kram paßt. Heute schreibt er, die Beamten werden in ausgiebigster

Weise besodet und morgen erklärt er, von ausgiebigster Besoldung sei nie die Rede gewesen. Die deutschnationale Agitationsmanier stellt sich hier ein glänzendes Selbsteugnis auf.

Ein gutes Vorzeichen!

Die Elternratswochen in Hamburg haben mit einem vollen Sieg der Sozialdemokratie geendet. Von 785 Mandaten erhielt die Sozialdemokratie 538, die unpolitisch bürgerliche Liste 187, die unabhängige Liste 60 Sitze. Bei den Volksschulen war überall mindestens eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit zu verzeichnen, aber selbst in den höheren Schulklassen erzielte die sozialdemokratische Liste noch sehr beachtenswerte Erfolge. Für die Reaktionäre bedeutet dieser Wahlerfolg ein außerordentlich peinliche Ueberraschung. Mit dem von ihnen geträumten Zusammenbruch der Sozialdemokratie ist es nicht!

Es soll daher gefolgt werden, daß diese peinliche Ueberraschung nicht die einzige für die Reaktion bleibt. Am 6. Juni soll es noch eine viel höhere Ueberraschung für die Rechtsbolschewisten und ihre Anhänger geben.

Berufsbeamtensammlung in Leipzig. In einer gut besuchten Wählerversammlung referierte am Dienstagabend Genosse Oswald Benjamen über die kommenden Reichstagswahlen. Referent führte aus, daß es die Aufgabe des zu wählenden Reichstages sei, das Haus, zu dem die Nationalversammlung den Grundstein gelegt, auszubauen zu einem wohnlichen und angenehmen Heim für das ganze Volk. Um die Ernährung sicherzustellen, sei eine energische Wirtschaftspolitik erforderlich, die unsere heimische Lebensmittelproduktion, möglichst unabhängig vom Ausland, auf ein Höchstmaß steigern. Günstiglich führt er die Gefahr vor Augen, die der jungen Republik von ihren unbesonnenen Feinden, den Rechtsparisien, drohe. Des weitern betonte Genosse Benjamen die Notwendigkeit der organischen und planmäßigen Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige, welche sich nicht durch ein paar Schlagwörter bewerkstelligen lasse. Die Wahlausstellungen hinsichtlich des Ausfalls der Wahlen in Danzig und Braunschweig allzu pessimistisch anzusehen. Letztes kein Grund vor, denn noch zählte unsere Partei über 100000 glühende Mitglieder. Kommunistische und unabhängige Elemente vermochten nicht den nachhaltigen Eindruck des Referats zu bewahren.

Die deutschnationalistische Reichsliste. Die deutschnationalistische Partei hat ihre Reichsliste aufgestellt. Sie beginnt mit dem Namen des Hamburger Senators Petersen. Weiter folgen auf der Reichsliste nach „B. L.“ der Reichswehrminister Heiler, der Vorsitzende des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel Reusch, der frühere Journalist Dr. Fischer, der ehemalige württembergische Reichsminister Gieseler, auch der Minister Walter Kern ist auf der Reichsliste. Ob aussichtsreich, wird allerdings nicht gesagt.

anderem vorgekommen, daß diese Leute sich nicht scheuten, Kindern bis in die erste und dritte Etage der Schulgebäude zu folgen und sie dort anzusprechen. Auf verschiedene Beschwerden der Schulkinder bin sollen sowohl in den Schulen wie auch in den Gemeindefunktionen die Lehrer und Schulleiter nichts unternommen haben, um die Kinder zu schützen. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte sich der Bürgermeister sofort bereit, mit den stärksten Mitteln gegen solche Personen vorzugehen, die schuldig befunden werden. Hingewiesen hat unser Genosse, daß auf vorgelommene gemeldete Fälle von den Schulleitern leider nichts unternommen wurde, um die Schuljungen zu schützen.

Im weiteren Verlauf der Stadtverordnetenversammlung empfahl der Finanzausschuß, allen seit dem 31. März 1920 entlassenen Kaufmannschaften der Einwohnerwehr ein Abfertigungsgeld von 700 Mk. zu gewähren. Dem Antrag wurde zugestimmt. Ein schon einmal abgelehnter Antrag, den Hausbesitzer bei der Krankenerhaltung anzuführen und den Gewerbetreibenden zu übertragen, wurde einer gemäßigten Deputation für Gesundheit und Lebensmittel überwiesen. Auch reichlich sprachen sich die Wähler für den freien Handel aus, fanden aber auf der linken Seite keine Gegenliebe. Der Vorschlag von Hochbauten und Weganlagen auf dem Friedhofsgelände in Stahnsdorf wird angenommen. Der Betrag auf 605 000.— Mk. erhöht. Zum Wettbewerb mehr als drei Künstler zugelassen, wird die Angelegenheit an die Friedhofdeputation zurückverwiesen. Auf die Anfrage, ob ordnungsgemäß Platzzeit getroffen sind, um die Durchführung der Wahlen am 6. und 20. Juni zu gewährleisten, verspricht der Magistrat alle nur mögliche Hilfe. Wilmersdorf soll nun doch noch ein Krankenhaus erhalten, wenn auch nur in Wilmersdorf mit 100 Betten, aber auch die Bürgerlichen sind bereit zu haben, trotz der Erklärung des deutschnationalen Lehrers Busch, daß Wilmersdorf bisher kein Krankenhaus brauchte, weil nur gesunde Patienten in Wilmersdorf wohnen. Die Vorlage, das Privatkrankenhaus in der Wilmersdorfstraße für 600 000.— Mk. anzukaufen, wird dem Finanzausschuß überwiesen. — Die hiesigen Arbeiter erhalten infolge eines Teilschichtwechsels des Einigungsamts eine laufende Feuerungszulage nach den Löhnen der Vorlage des Magistrats.

Wer ist Wähler für die neue Stadtgemeinde?

In welchen Kreisen der Groß-Berliner Bevölkerung wird angenommen, daß ohne weiteres jeder Wähler, der für den Reichstag wahlberechtigt ist, auch für die Groß-Berliner Gemeindegewählten das Wahlrecht hat. Nach § 33 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin heißt dieses Wahlrecht aber nur den Einwohnern zu, die im Besitz des Bürgerrechts sind und seit einem Jahre ihren Wohnsitz im Bezirk der neuen Stadtgemeinde haben. Die Gemeindevorstände und Magistratsräte fordern daher jetzt diejenigen Personen auf, die noch nicht ein Jahr in ihrem Gemeindegewalt wohnen, bis zum 27. Mai (dem Tage, an dem die Gemeindegewählten angesetzt werden) zur Vermeidung der Streichung in der Wählerliste den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Ausfallfrist in Groß-Berlin erfüllt ist. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird die Streichung in der Wählerliste vorgenommen. Personen, die also im letzten Jahre aus einer Gemeinde Groß-Berlins in die andere gezogen sind, müssen diesen Nachweis der einjährigen Wohnhaftigkeit in Groß-Berlin faktisch erbringen, wenn sie nicht ihr Gemeindegewalt einbüßen wollen.

Ein Ministerialblatt für Volkswohlfahrt wird unter dem Namen „Volkswohlfahrt“ jetzt im Reichlichen Ministerium für Volkswohlfahrt herausgegeben. Das Blatt erscheint als Halbmonatsschrift und enthält neben dem amtlichen, die Verträge usw. wiedergebenden Teil, einen nicht amtlichen Teil, in dem von auswärtiger Seite wertvolle Abhandlungen über die Aufgaben der Volkswohlfahrt und deren praktische Durchführung gedruckt werden. U. a. haben bereits Staatsminister Siegel, Ministerialdirektor Wollstein, Professor Sanner und der Referent für Jugendfürsorge im Wohlfahrtsministerium, Dr. Friedberg, Beiträge geliefert. Zu beziehen durch die Post, die Buchhandlungen oder C. Heymanns Verlag in Berlin W. 8.

Einweihung der staatlichen Volksschule in Potsdam. Eine feierliche Feier fand heute Vormittag in der Interoffizierschule zu Potsdam zur Einweihung einer Volksschule statt. In der Turnhalle der Schule hatten sich über 150 Volksschüler aus allen Gauen zusammengedrängt, mit ihnen über 30 Offiziere, die Wachen der Wachen, die die einzelnen Schichten aus ihren Sicherheitsposten entsandt hatten. Major Resse von der Sicherheitspolizei Potsdam, als Leiter der Schule, ergriff zuerst das Wort und ermahnte die Schüler, die neue Aufgabe mit freudigem Eifer zu erfüllen. Volksschulpräsident Birkwisch, als Vorsitzender der Präparationskommission, erwähnte zuvörderst Recht und Ordnung. So lange es nur irgend angehe, müsse der Beamte stets höflich mit dem Publikum umgehen und nur im äußersten Notfall Gewalt anwenden. Das Volk muß nicht Angst vor der Polizei, sondern Vertrauen zu ihr haben. Die Schüler wohnen in der Interoffizierschule und werden aus der Schule der Sicherheitspolizei geschickt. Im dritten Königreichstag beginnt der erste Unterrichtstag. Der Unterricht umfaßt: Verwaltungswesen, praktische Ausbildung, Belehrung über das Strafrecht u. a. mehr.

Das Reichs-Rudewand erscheint Anfang Juni in neuer Ausgabe zum Preise von 10 Mk. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Rudewands wird eine frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

Lichtenberg, Sieblungsland in Waidhof. Der größte Teil der über 100 Sieblungsparzellen auf dem der Stadt gehörigen Gelände des ehemaligen Rittergutes Waidhof ist bereits vergeben. Eine Anzahl von Parzellen liegt jedoch auf dem Teil zwischen der Berliner Chaussee und der Orsbahn und auf dem Gelände zwischen beiden Seiten der Hönower Chaussee noch zur Verfügung. Parzellen auf dem letztgenannten Gelände können auch an auswärts liegende Bewerber abgegeben werden. Auskunft im Stadthaus Lichtenberg, Türschmidtstr. 26, Erdgeschoss rechts, Zimmer 11.

Die Karteie in das besetzte Gebiet ist, wie uns aus Frankfurt a. M. telegraphiert wird, jetzt wieder ohne weiteres möglich, wenn der Betroffene in Besitz eines Passes, eines Papiertages oder des roten Identitätsausweises ist. Das Bismarck einer französischen Besatzung ist nicht erforderlich.

Schwermere Chöreuchen in Potsdam. Neben Donnerstag, ebenfalls hier, findet in der Reichshalle bei Hammer, Kaiser-Friedrich-Strasse 28/29, eine Verlosung der Bertmannsche Karte statt. Mit und Kunstwerk beteiligt. Am 18. Juni findet bei Hauptst. Potsdam, ein Gartenfest mit Tanz, Musik- und Instrumentalensemble statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Mai:

Reichstags-Referent. 8 Uhr gemeinsamer Nachabend. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Morgen, 21. Mai:

Friedeburg. 7 1/2 Uhr im Bürgerklub des Reichsaner Rathhauses öffentliche Versammlung aller Komitee- und Parteimitglieder im Saal und Kommande. Referenten: Gustav Schökel, 2. Vorsitzender des Wählerverbandes, Gustav Schmidt, Kommunalbeamter, Emil Scholz, Oberpostassistent.

Weddow. 7 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlung im Lindenpark, Berliner Str. 4, Genosse Ed. Gerstein spricht über das Thema: Was unterliegt die Parteien im Wahlkampf?

Deutsche Nationalversammlung.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Minister Röhler (fortfahrend):

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht schweigen, ohne darauf hinzuweisen, daß ganz abgesehen von der Verwendung und Bekleidung durch die farbigen Truppen

unserer Wähler im Westen

in jeder Beziehung unter einem Druck stehen, von dem wir uns hier kaum einen Begriff machen. Wäre nicht das deutsche Volk durch seine stononischen Soldaten so gerächtet worden, so glaube ich, würde es das im besetzten Gebiet herrschende Regiment nicht so ruhig ertragen. Wäre das deutsche Volk nicht so müde, so müde, daß es sich im Westen erregt, ein ganz anderes Echo bei uns erwecken. Ich möchte in diesem Augenblicke, wo die Nationalversammlung auseinandergeht, unseren Vätern im Westen nochmals sagen, daß wenn es uns auch nicht möglich ist, ihnen unser Mitgefühl in einer Weise auszudrücken, wie es vielleicht notwendig ist, wir trotzdem heute und immerdar mit ihnen leiden, hoffen und arbeiten wollen, damit die Hühndchen aufbrechen, aber die sie flogen, und daß wir möglichst bald einer Vereinerung des besetzten Gebietes entgegensehen können. (Beifälliger Beifall.)

Sodann beschloß das Haus einstimmig die Interpellation zu beenden. Als erste Rednerin spricht namens der Unabhängigen Frau Blich.

Frau Frau Blich (M. Soz.): Wir fordern die Interpellanten auf, unsere französischen Väter im Kampf gegen ihren Militarismus dadurch zu unterstützen, daß sie für die Einhaltung der deutschen militärischen Verpflichtungen des Friedensvertrages stehen (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) denn nur der Militarismus, der alle widerständigen losläßt, trägt die Verantwortung für die auf dem besetzten Gebiet ruhende Last. Warum hört man nichts von der Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen? Warum ist es immer noch möglich, daß die Leistungen Verhöre von Freilassung bringen? Wenn das möglich gemacht wird, dann hat die französische Regierung sicher ein Einsehen, um die Gesamtbesetzung des Gebietes aufzuheben. Wir können diesen Entschluß zum Ziel nicht mitmachen, denn es verhängt sich hinter ihm doch nur eine neue Völkerverdrängung. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen und Unruhe bei der Mehrheit.) Warum hätte denn die Mehrheit dieses Hauses nicht gegen die deutschen Grenzstellungen in den Kolonien und in China protestiert? Die deutschen Soldaten haben genau die gleichen Grenzstellungen im besetzten Frankreich besonnen (Rufe: Gemeinheit, unehrenhaft, lächerliches Aufheben), wie die heute vorgetragen.

Die deutsche Politik

Es eine ununterbrochene Kette von Verbrechen gegen die Schwarzen. (Anhaltender Beifall.) Die bürgerlichen Abordnungen verließen den Saal.) Der Schwarze ist durchwegs kulturlos und freu. (Rufe: Einste! Einste! Einste! Einste!) Schuld sind alle kapitalistischen Regierungen, wenn diese Leute in der Kultur bisher zurückgeblieben sind. Als Sozialisten sind wir gegen alle Ausnahmestimmungen gegenüber allen Rassen, gegenüber allen Klassen. Wir verlangen also, daß die deutsche Regierung alle militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages streng einhält und dann bei der französischen Regierung vorstellig wird, die gesamte Besetzung aufzuheben. (Beifall bei den Unabhängigen.)

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Die Verlesung der Departements Vos de Calais und Nord nahmen die Arbeit am Donnerstag wieder auf.

Die pensionierten Lehrer des Bezirks Oppeln führen Klage darüber, daß sie die Löhne für den Vierteljahr April-Juni 1920 zulebende Verzerrung erhalten die am 1. April bereits ausgezahlt werden sollte, heute noch nicht erhalten haben. Sie vermuten nicht mit Unrecht dahinter eine Maßnahme reaktionärer Beamten, um die zur Republik haltenden Beamten durch diese Verschleppungspolitik zu bestrafen.

Groß-Berlin

Johannes und das Kinderball.

Neueste Berliner Hof-Unterhaltung.

Es sind nicht immer dieselben Leute, die man auf den Berliner Höfen zu sehen kriegt. Das wandernde Musikantentum, das kurz nach dem Reize durch die Entlassenen sich um die sonderbarsten tabakmachenden Typen bereichert hat — womit natürlich nicht die unglücklichen wirklichen Kriegsinvaliden gemeint sind — greift jetzt zu neuen Attraktionen, um das Vergnügen der Hofbesitzer von neuem anzuregen.

Der Rutenträger im Christusformat, der Sandalenläufer mit mädchenlichen Manieren ist nicht ganz neu. Er, der seine Venen mit einem Strid umgürtet und dessen wallendes Haupthaar niemals durch eine grausame Schere entheiligt wurde, sonnt sich gerne in den Gebärden des biblischen Wästengattungs, Johannes des Täufers.

Das Drehorgelchen trägt bei einem besonderen Unikum dieser Wästengattung ein Schild, wonach Johannes der Zweite, ähnlich seinem Vorbild, auch gerne Heuschrecken und wilden Honig fressen möchte. Da er aber beides in Berlin nicht kriegen kann, so begnügt er sich mit anderem Geziefer, als da sind: Schwaben, Franzosen und Fliegen und einer echten Berliner Kamillonglutte. Jedes Tierchen dieser Art, das der Unerfährliche zum Vergnügen des Hofpublikums mit eigener Lust hinterherzieht, wird von einem Eisen-großchen oder sogar einem Papierschlingel begleitet, so daß sich aus der Tagarbeit dieses zweiten Johannes nicht nur ein gelästigter Plagen, sondern auch eine bedeutende Gold-einnahme ergibt. Einige seiner Öbner wollen ihn auch mit Wangen betreffen, die er aber aus unbegreiflicher Animosität stricke ablehnt. Nachdem Johannes genug der Krabbeltiere verschluckt hat, spaziert bei wachsender Szene ein anderer mit einer Ziehharmonika auf den Hof, dem vier kleine Mädchen in blauroten gewürfelten Kleidchen folgen. Eine tänzelt einen leeren Kinderwagen.

Der Mann setzt sich in Position, streicht die Kleider der Mädchen glatt und hebt an, erdrosselnd schön zu spielen, wogu die Mädchen einen hübschen Gruppentanz aufführen. Die kleine Vorstellung, die oftmals wiederholt wird, erntet den lebhaftesten Beifall an Säudelkästchen und klingender oder papierner Münze.

Und wozu der Kinderwagen? fragen die Neugierigen. Das ist die Dreifaltigkeit, in die je eine der Mädchen hinein-gelacht wird, wenn es auf der langen Tagestour gar zu müde wird.

Wählungsfrage auf Schulkinder.

In der gestrigen Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung kam eine Angelegenheit zur Sprache, die schon seit einiger Zeit die dortigen Kreise beschäftigt. Es handelt sich um das unerhörte Vorgehen von Wählungen in der Umgebung verschiedener Schulen Wilmersdorfs. Es ist unter

Reuthöfen, Brix, Budow, Rudow. (Wahlkreis XII.) Verwaltungsbereich 14.

Außerordentliche Funktionärskonferenz

Freitag, 21. Mai, abends 7 Uhr, Rathhauser Klause, Rathhauser Damm 90.

1. Stellungnahme zur Stadtverordneten- und Bezirkswahl für die neue Stadtgemeinde Berlin.

2. Vorschläge zur Aufstellung der Kandidaten.

Die Funktionäre obiger Orte werden ersucht, zu erscheinen.

Bezirkssekretariat Reuthöfen S.P.D.

